

Startseite › Lokales › Erding

Aufgemuckt erwägt Klage

26.10.2024, 09:30 Uhr

Von: [Alexander Fischer](#)



Aufbruchstimmung herrscht beim Aktionsbündnis Aufgemuckt. © Rainer Lehmann

Das Aktionsbündnis kämpft gegen unbefristetes Baurecht für die dritte Startbahn.

„Ewiges Baurecht geht nicht“, stellte Bündnissprecher Christian Magerl im komplett überfüllten Nebenzimmer der Sportgaststätte in Attaching fest. „Es wird mehrere Klagen geben“, prophezeite er und spielte damit auf die Befristung eines Planfeststellungsbeschlusses zum Bau der dritten Start- und Landebahn an, die im Frühjahr 2026 ihre Gültigkeit verliert. Den Antrag der FMG beim Luftamt Süd, diese auf unbefristete Zeit zu verlängern, hält Magerl für ein Unding.

Nach wie vor gelte der Bürgerentscheid der Stadt München, bei dem sich 54 Prozent gegen den Bau der 3. Startbahn ausgesprochen haben. Auch der Koalitionsvertrag der Bayerischen Staatsregierung spreche klar dagegen. Noch dazu habe Ministerpräsident Markus Söder bereits mehrfach betont, dass, solange er an der Regierung ist, es keine 3. Startbahn geben werde. Die Argumente der FMG für eine Verlängerung des befristeten Planfeststellungsbeschlusses hält Magerl für fadenscheinig.

Dass bereits über 400 Millionen Euro für vorbereitende Baumaßnahmen investiert worden sein sollen, findet er „absurd“. So habe der Erdinger Ringschluss seiner Ansicht nach mit dem Bau der 3. Startbahn überhaupt nichts zu tun. Eine Ansicht, die der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Becher teilt. Er sprach von einem juristischen Trick. Demnach wurde nicht mit dem Bau der Startbahn selbst begonnen, sondern mit Straßen und einem S-Bahntunnel, die jetzt dem Gesamtprojekt zugeordnet würden.

Magerl gab zu bedenken, dass sämtliche von der FMG genannten Investitionen nach dem Bürgerentscheid in München getätigt worden seien. „Also auf eigenes Risiko“, wie er betonte. „Die können jetzt nicht daher kommen und sagen, wir wollen Sicherheit“, machte er deutlich. Die Startbahngegner sind jedenfalls entschlossen, gegen den Beschluss der Staatsregierung zu klagen. „Wir selbst können das nicht tun“, erklärte Magerl auf Nachfrage unserer Zeitung. Aber der Bund Naturschutz (BN), der beim Aktionsbündnis mit im Boot ist. Christine Margraf, Mitglied im BN-Landesverband, bestätigte dies. Es sei beschlossen, zu klagen.

Da passte eine „Eilmeldung“ von Grünen-Stadtrat Manfred Drobny gut ins Bild. Auch die Stadt Freising will klagen, kündigte er an. „Die Front steht, der Beschluss war einstimmig – mit Applaus.“ Nachrichten, die auch in Attaching für Beifall sorgten. Im Zuge dessen wurden Stimmen laut, die nach begleitenden Maßnahmen, sprich nach einer Demonstration am Marienplatz und Info-Ständen an Markttagen, verlangten. Vielleicht kombiniert mit Musik und Kultur, um auch junge Leute zu gewinnen, wie die Langenbacher Grünen-Gemeinderätin Verena Juranowitsch vorschlug. Magerl kann sich das alles vorstellen. Es gelte jedoch noch, geeignete Zeitpunkte und Orte zu finden. Man kam überein, sich im Vorstand Gedanken zu machen und im November das weitere Vorgehen zu beschließen.